

Medieninformation

29. Oktober 2007

Umweltbundesamt: Schienenbonus muss überprüft werden

Berlin/Freiburg. Die in der Interessengemeinschaft Bahnprotest an Ober- und Hochrhein (IG BOHR) zusammengeschlossenen Bürgerinitiativen sind in ihrer Kritik am Schienenbonus nicht allein. Beim einem Gespräch des Führungsgremiums der IG BOHR beim Umweltbundesamt (UBA) in Berlin machten Experten der Behörde deutlich, dass je nach betrachtetem Wirkungsbereich der so genannte Schienenbonus unterschiedlich stark ausgeprägt sei und durchaus auch als Schienenmalus in Erscheinung treten könne. Bis heute sei es nicht gelungen, die wahren Ursachen eines eventuell vorhandenen Schienenbonus zweifelsfrei zu finden. Trotz noch immer bestehender Defizite in der Schlafforschung sei aber klar, dass nicht nur das durch Lärmeinwirkung verursachte erinnerbare Aufwachen gesundheits-schädlich sei, sondern bereits die Beeinträchtigung des Schlafprofils unterhalb der Aufweckschwelle.

Als zentrale Umweltbehörde arbeitet das UBA auch auf dem Gebiet der Minderung des Verkehrslärms. Allen bisher durchgeführten Studien zum Einfluss des nächtlichen Flug-, Straßen- und Schienenverkehrslärms auf das Schlafverhalten sei gemeinsam, dass ein Schienenbonus nicht gefunden werden konnte. Dies bestätigt die Sicht der Bahnlärmgegner, dass nicht gefunden werden könne, was gar nicht vorhanden sei. Aus den Studien werde deutlich, dass der Schlaf am meisten durch Bahnlärm beeinträchtigt, somit eher ein Schienenmalus zu fordern sei. Das Erfinden des Schienenbonus vor 30 Jahren wird damit als rein politischer Akt bestätigt, um Bahn und Bund Ausgaben beim Lärmschutz zu ersparen.

In den vergangenen 25 Jahren habe es keine Modernisierung des rollenden Materials im Güterverkehr gegeben, mit der Folge, dass mit der politisch gewollten Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene der Güterzuglärm unerträglich geworden sei. Mit der Umrüstung der Güterwaggons auf moderne Bremsen, die die Räder glatt halten und das Rollgeräusch vermindern, sei bereits begonnen worden. Wegen der Langlebigkeit der Güterwaggons werde dies aber ohne Umrüstung des Bestandes weitere ca. 40 Jahre dauern – zu lange, um für die Menschen am Oberrhein Entlastung zu bringen. Das UBA machte klar, dass die Lärminderung dann besonders wirkungsvoll sei, wenn sich die Gleise in einem guten Zustand befänden, was eher selten der Fall sei.



www.mut-im-netz.de



www.igel-breisgau.de



www.bi-bahn.de



www.bi-bahnlaerm.de



www.abatra.de



www.bi-bahntrasse.de

Das UBA mahnt bei der Politik seit längerer Zeit ein Gesamtlärmschutzkonzept an. Die bestehende Rechtslage führe beim Lärmschutz von Bürgern zu Ungleichbehandlungen. Auf den Schutz vor nächtlichem Verkehrslärm bezogen gelte für den Lärmschutz in der städtebaulichen Planung ein Pegel von 45 dB(A), die Verkehrslärmschutzverordnung schreibe 49 dB(A) vor, und der Auslösepegel für Lärmsanierung betrage 60 dB(A). Eine Harmonisierung der Lärmbekämpfungspolitik sei überfällig. Nach Ansicht der IG BOHR-Vertreter und des UBA müsse Druck aus der Bevölkerung kommen, damit sich hier etwas bewege.

Die UBA-Vertreter waren der Meinung, dass im Falle einer hochbelasteten Bahnstrecke wie der viergleisig ausgebauten Rheintalbahn die Anlieger selbst bei Abschaffung des Schienenbonus nicht ungestört schlafen könnten. Die neue Trasse müsse deshalb so geplant werden, dass die Außenpegel minimiert werden. Die Bürgerinitiativen der IG BOHR werden daher weniger den Schienenbonus, sondern die Unzumutbarkeit der vorgelegten Planung für eine europaweit beispiellose Haupteisenbahnstrecke mit weit über 100.000 Güterzügen pro Jahr anprangern, die als Schlagader Europas den Raum am Oberrhein schwer beeinträchtigen und jede vernünftige Stadtentwicklung unmöglich machen werde. Mit BADEN 21 hätten die Kommunen und Bürgerinitiativen am Oberrhein gemeinsam eine Alternative zur Integration des neuen Verkehrsweges in die Raumschaft entwickelt, die für einen fairen Interessenausgleich Sorge.

Hinweis für die Redaktionen:

Ansprechpartner für weitere Informationen:

Dr. Roland Diehl
Vorsitzender des Sprechergremiums der IG BOHR
Vorstand MUT e.V.
Telefon: 07633/14362
Fax: 07633 405409
vorstand@mut-im-netz.de